



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Existenzsichernde Honorare für Dolmetscher und Übersetzer bei Beauftragung durch die öffentliche Hand

Stand vom 20.06.2024 14:51:04 bis 03.07.2024 12:14:40

Angegeben von:

Bundesverband der Dolmetscher und Übersetzer e.V. (BDÜ) (R003523) am 20.06.2024

Beschreibung:

Qualifizierte Dolmetscher & Übersetzer sind in unterschiedlichsten Situationen, in denen Menschen in Deutschland mit dem Staat (oder viceversa) in Kontakt kommen, für die rechtssichere und rechtewahrende Kommunikation unerlässlich. Nur in den wenigsten Fällen haben Menschen, die (noch) nicht/nicht mehr ausreichend Deutsch sprechen, einen Anspruch darauf (zB §17 AsylG, §§7, 8 ProstG). Wenn Ämter und Behörden Dolmetscher & Übersetzer beauftragen, so werden sie in diesen Verwaltungsverfahren nach JVEG bezahlt. Statt §8 JVEG anzuwenden ist meist ein Rahmenvertrag nach §14 JVEG Voraussetzung, um überhaupt erstmals beauftragt zu werden. §14 JVEG sieht zwar eine Ober-, aber keine Untergrenze vor; überwiegend werden "Dumpinghonorare" gezahlt, teils als Entschädigung für (vermeintliche) Ehrenamtler

Betroffene Interessenbereiche (37)

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]

Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]

Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [alle RV hierzu]

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]

Extremismusbekämpfung [alle RV hierzu]

Familienpolitik [alle RV hierzu]

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Grundsicherung [alle RV hierzu]

Integration [alle RV hierzu]

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

Krankenversicherung [\[alle RV hierzu\]](#)
Kriminalitätsbekämpfung [\[alle RV hierzu\]](#)
Kultur [\[alle RV hierzu\]](#)
Menschenrechte [\[alle RV hierzu\]](#)
Migration [\[alle RV hierzu\]](#)
Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [\[alle RV hierzu\]](#)
Öffentliches Recht [\[alle RV hierzu\]](#)
Opferschutz [\[alle RV hierzu\]](#)
Rechte von Menschen mit Behinderung [\[alle RV hierzu\]](#)
Rechtspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)
Rente/Alterssicherung [\[alle RV hierzu\]](#)
Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [\[alle RV hierzu\]](#)
Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [\[alle RV hierzu\]](#)
Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [\[alle RV hierzu\]](#)
Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit" [\[alle RV hierzu\]](#)
Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [\[alle RV hierzu\]](#)
Sonstiges im Bereich "Recht" [\[alle RV hierzu\]](#)
Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [\[alle RV hierzu\]](#)
Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [\[alle RV hierzu\]](#)
Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [\[alle RV hierzu\]](#)
Strafrecht [\[alle RV hierzu\]](#)
Terrorismusbekämpfung [\[alle RV hierzu\]](#)
Zivilrecht [\[alle RV hierzu\]](#)
Solo-/Selbstständige

Betroffene Bundesgesetze (4)

[JVEG \[alle RV hierzu\]](#)
[VwVfG \[alle RV hierzu\]](#)
[ProstG \[alle RV hierzu\]](#)
[AsylVfG 1992 \[alle RV hierzu\]](#)

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. [SG2406180080](#) (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)